

Globale Umbrüche in Zeiten neuer Kriege

Klaus von Dohnanyis Plädoyer für eine neue sicherheitspolitische Konstellation in Europa

von Hasko Hüning

In den frühen Morgenstunden des 24. Februar 2022 sind russische Streitkräfte auf das Gebiet des direkten Nachbarlandes Ukraine vorgerückt, ein völkerrechtswidrige Angriffskrieg – mit schrecklichen Folgen für die Zivilbevölkerung und einer massiven Flüchtlingsbewegung. Und er hat heftige Protest hervorgerufen. So verurteilte eine große internationale Gruppe von Nobelpreisträgern die russische Militäraktion und formulierte u.a. als Perspektive für die Beilegung des Konfliktes: „Russlands Sicherheitsbedenken können im Rahmen der UN-Charta , der Schlussakte von Helsinki von 1975 und der Charta von Paris von 1990 angegangen werden. Krieg zu führen, wie es Präsident Putin und seine Kollaborateure getan haben, ist ein ungerechtfertigter, blutiger und unproduktiver Weg in eine Zukunft“.

Zugleich hat eine Debatte darüber eingesetzt, ob mit der militärischen Offensive der Russischen Föderation die europäische Friedensordnung zwangsläufig an ihr Ende gekommen und die Friedensbewegung desavouiert ist. Neben den nun zu besichtigenden Formen der gegenseitig eskalierenden Auseinandersetzung gibt es auch Stimmen, die sich nicht in den archaischen Tenor von Macht, Aufrüstung, Abschreckung, Sanktionen und Vergeltung einreihen wollen. Auch wenn noch unklar ist, wann und wie der Ukraine-Krieg beendet werden kann, ist eines schon jetzt klar: Das »Friedensprojekt Europa« wandelt sich. Für die Beantwortung der Frage, in welche Richtung dieser Wandel gehen wird, ist eine Auseinandersetzung mit den Überlegungen in Klaus von Dohnanyis¹ neuem Buch hilfreich.

Worum geht es jetzt?

Dohnanyi hat ein Buch geschrieben, das zum Nachdenken anregt, und hat ihm einen sachlichen, geradezu nüchternen Titel gegeben: »Nationale Interessen. Orientierungen für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche« (München 2022; die Seitenzahlen in Klammer beziehen sich auf dieses Buch). Dohnanyi macht keinen historischen Punkt einer Zeitenwende aus, sondern spricht davon, in einer Phase globaler Umbrüche zu leben. Er betrachtet – oft genug mit wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Erzählungen ausführlich unterlegt – historisch ineinander verschränkte Umbruchprozesse und fragt sich, ob unsere politischen Prioritäten noch mit den Entwicklungen in der Welt übereinstimmen und ob wir die Folgen unseres Handelns ehrlich genug debattieren. Unabdingbar dafür erscheint ihm eigentlich eine Banalität, dass Politik nämlich die Vergangenheit kennen muss, um der Zukunft gewachsen sein zu können. Wenn wir Neuland betreten,

¹Dohnanyi gehört seit 1957 der SPD an, war in hohen öffentlichen Ämtern tätig, u.a. als Staatsminister im Auswärtigen Amt zu Zeiten des Bundeskanzlers Helmut Schmidt, als Bundeswissenschaftsminister und als Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg. Der Historiker Peter Brandt argumentiert am 28. Februar 2022 ähnlich wie Dohnanyi: Die Ukraine-Krise – Innere und äußere Ursachen: www.globkult.de/politik/europa/2172

»stehen wir doch auf dem gewachsenen Fundament der Vergangenheit« (20). Zu sagen was ist, zwingt zu sagen, wie es geworden ist; die jeweilige Situation für sich allein liefert keine ausreichende Begründung für politisches Handeln. In diesem Sinne zu »verstehen«, betrachtet er als lobenswert.

Dohnanyi fühlte sich herausgefordert und hat den Text im Juni 2021 begonnen, als die Parteien für den Bundestagswahlkampf rüsteten, und hat ihn gegen Ende November 2021 abgeschlossen, als der Koalitionsvertrag der Ampel vorlag. Der Leser spürt, der Autor war beunruhigt, vielleicht auch bezüglich der Orientierung seiner Partei? So ist das Buch, das nicht als Streitschrift intendiert war, zu einer solchen geworden. Und so versichert er sich selbst und dem Leser: »Das Buch dient der Überprüfung intellektueller Gewohnheiten in einigen wesentlichen strategischen Fragen deutscher Politik, nicht ihrer Bestätigung« (26). Es möge Debatten auslösen.

Dohnanyi macht zwei im wahrsten Sinne des Wortes brennende Problemfelder aus: Den globalen Klimakollaps und die geopolitische Konstellation in Europa, die gesellschaftlich miteinander verwoben sind und politisch ineinandergreifen. Er weiß, die Antworten auf die sogenannte Ukraine-Krise gehören auf diesen doppelten Prüfstand, nämlich die Gefahr eines sich ausweitenden, gar nuklearen Krieges zu reduzieren und zugleich Klimawandel und ökologische Verwüstung zu bremsen. Nur beides eröffnet Möglichkeiten, eine grundlegend neue Sicherheitsarchitektur für Europa zu entwickeln, also nicht nur für die Europäische Union (EU). Hier geht es ihm angesichts drängender Aktualität wesentlich um das Feld der strategischen Sicherheitspolitik.

Europäische Souveränität?

Ausgangspunkt seiner Überlegungen ist die sicherheitspolitische Verankerung von Europa und der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg im transatlantischen Bündnis. Dabei bilden die USA die bedeutsamste Großmacht, die mit ihren nationalen Interessen seither die Entscheidungen des europäischen Kontinents dominieren, zunächst als stärkste Militärmacht der Welt, sodann als Dollar-Hegemon für das internationale Finanzsystem und in jüngerer Zeit als »Soft-Power« wegen ihrer weltbeherrschenden elektronischen Kommunikationssysteme. So seien die EU und Deutschland in Fragen der Sicherheits- und Außenpolitik real nicht wirklich souverän, es seien vielmehr die USA, die die Richtung vorgeben würden, ohne dass Europa sicher sein könne, gemessen an seinen ureigenen Interessen in eine friedliche Zukunft geführt zu werden; dabei sei es seit geraumer Zeit um die politische Stabilität der westlichen Führungsmacht USA selbst nicht gerade gut bestellt (Trumpismus).

Mit diversen historischen Rückblicken zeichnet Dohnanyi den Weg der USA zu ihrer heutigen hegemonialen Stellung nach, um dann mit dem ehemaligen Sicherheitsberater des Präsidenten Carter festzuhalten: »Europa ist Amerikas essenzieller Brückenkopf auf dem eurasischen Kontinent«, eine schon tief im 19. Jahrhundert verwurzelte politische Orientierung in den Staaten, die auf den eurasischen Kontinent in Gänze zielt und verhindern soll, »Amerika aus Eurasien zu vertreiben und so den Status Amerikas als globale Macht [...] durch eine große Koalition zwischen China, Russland und eventuell Iran, durch eine

antihegemoniale Koalition [...] zu bedrohen«.² In der Russlandpolitik der USA liegt nach Dohnanyi eines der entscheidenden Hindernisse europäischer Souveränität. Eine – wie nun als Reaktion auf den russischen Krieg gegen die Ukraine von der Ampel-Koalition eingeleitet – einfache Rückkehr zu Aufrüstung und militärischer Stärke im Rahmen des transatlantischen Bündnisses sei zu kurz gesprungen. Ein seriöser Versuch außerhalb von Rüstungsfragen zu einem Interessenausgleich mit Russland zu kommen, habe es von Seiten der USA nie gegeben. Aber: Europa brauche den Interessenausgleich zwischen dem Westen und Russland, um mehr Handlungsspielraum zu gewinnen. »Wir müssen eben auch USA->Versteher« werden«. (39)

Die Beziehung der EU zu Russland werde von den USA einseitig dominiert. Die Einschätzung Russlands durch die im Selbstverständnis »Exceptional Nation« USA als »Evil Empire« habe eine nahezu 150-jährige Geschichte. Dohnanyi fragt sich, ob der Westen nach 1990 sich nicht zu wenig Mühe gegeben habe, aus der geografischen Nähe zu Russland die richtigen Schlüsse zu ziehen. Er folgt der These von Horst Teltschik, dem sicherheitspolitischen Berater von Kanzler Helmut Kohl, der noch 2019 die enorme Bedeutung des Selbstverständnisses von Russland für die eigene Sicherheit hervorgehoben hat und die von Russland empfundene Vernachlässigung seiner Interessen im Umgang des Westens mit Osteuropa nach 1990 betonte: Die Osterweiterung der NATO blieb und bleibe bis heute ein gefährliches Element in den Ost-West-Beziehungen.³

Die USA als Führungsmacht des Westens verkannte die Chance, nach 1990 mit einem geschwächten und friedlich gestimmten (Gorbatschow) Russland, das » die kommunistische Weltmission aufgegeben hatte, einen konstruktiven Weg in die Zukunft zu finden«. (69) Das russische Regime ist ohne Kenntnis der Geschichte der Sowjetunion, ohne ihren Zerfall und ihres stecken gebliebenen Transformationsprozesses nach Gorbatschow nicht hinreichend zu verstehen. Sicherlich hat auch Russland durch diverse militärische Interventionen, machtpolitische Wendungen und autokratische Winkelzüge sowie durch zunehmend repressive Verhältnisse und durch extreme soziale Ungleichheit im Inneren nach 1990 eine Verständigung mit dem Westen erschwert. Die US-Ost-Politik seit 1990 hatte – wie schon zu Sowjet-Zeiten – als Resonanzraum die Westpolitik Russlands.

Auf die sich nun seit Sommer 2021 zuspitzenden Entwicklungen bezogen resümiert Dohnanyi, dass die beidseitige Blockade von Verhandlungen sicherheitspolitisch ein schwerer Fehler war. Diplomatie sei gefragt, und nicht nur ein erneutes Raketen zählen. »Ohne diese Einsicht auf Seiten der USA werden wir allerdings nicht weiterkommen.« Und mit pessimistischem Unterton fährt er fort: »Denn in Washington verlassen sich aus innenpolitischen Gründen beide großen Parteien gegenüber Russland eher auf harte Waffen als auf Diplomatie«. (72)

(West-) Europa und die NATO

²Dohnanyi zitiert hier in eigener Übersetzung Zbigniew Brzezinski aus dessen 1997 erschienenen Buch »The Grand Chessboard. American Primacy and its Geostrategic Imperatives«, New York, S. 59.

³Horst Teltschik, »Russisches Roulette. Vom Kalten Krieg zum Kalten Frieden«. München 2019.

In seinen weiteren Ausführungen macht Dohnanyi das Argument stark, dass die USA 1948 nach dem Sieg der Alliierten über das NS-Regime mit dem Marshall-Plan das Fundament für die weitere Entwicklung Europas bis zur heutigen EU legten. Es konnte sich jedoch kein genuin europäischer Hegemon durchsetzen. »Aber der Preis für Europa war der Verlust europäischer Selbständigkeit, ein Verlust unserer Souveränität und die Übernahme der Verantwortung für die Sicherheit Europas durch die USA«. (90) Die Frage drängt sich auf: Geschieht die Wahrnehmung der Verantwortung im Interesse Europas? Die äußere Sicherheit Europas gründet auf der Verteidigungsstrategie der USA, d.h. in erster Linie auf der »gesicherten Zweitschlagspotenz der nuklearen Abschreckung«, die mit dem Instrument NATO gegen einen möglichen Angriff, der im Zweifel traditionell wohl nur durch die Russische Föderation vorgetragen würde, gerichtet ist.

Im Folgenden wird Dohnanyi in seiner Argumentation sehr streng und nimmt zwei für dieses Problemfeld zentrale Überlegungen des späteren sozialdemokratischen Bundeskanzlers Helmut Schmidt auf: Die Deutschen »haben kein Interesse an einer Verteidigungsstruktur des Westens, die darauf abgestellt wäre, das zerstörte Gebiet Deutschlands durch eine ›letzte Schlacht‹ wieder befreit zu sehen« und: »Wir haben schließlich auch kein Interesse an einer Verteidigungsstruktur des Westens, die von der sowjetischen Führung« (heute würden wir sagen: von der russischen Führung – H.H.) »als Provokation angesehen werden könnte.«⁴

»Flexible Response« als Verteidigungsstrategie der NATO verlagert das Kriegsgeschehen – da sind sich alle Experten einig – ausschließlich und unmittelbar auf die bedrohte Region. Bei einer militärischen Aggression durch Russland wäre das Europa; die flexible Antwort der NATO würde sich erklärtermaßen nur auf konventionelle Waffen beschränken, der sogenannte nukleare Schirm als strategisches Kalkül käme nicht zum Einsatz. »Das aber heißt, dass Europa im Falle eines russischen Angriffs nach amerikanischer und NATO-Strategie zum alleinigen Kriegsschauplatz würde. [...] Deutschland aber wäre, als vermutlich zentrale Nachschubbasis sofortigen Raketenangriffen ausgesetzt. [...] Die nukleare NATO bietet heute als militärische Organisation keinerlei Garantie für Europas Unversehrtheit. [...] Nur solange Russland selbst an einer Aggression nicht interessiert ist, ist Europa wirklich sicher. Eine entsprechende Haltung russischer Politik zu festigen oder herzustellen, bleibt die vorrangige Aufgabe deutscher und europäischer Diplomatie. Entspannung ist der bleibende Auftrag. [...] Für die Sicherheit der europäischen Nationen müssten also auch russische Interessen auf das gelenkt werden, was letztlich die einzig verbliebene Stärke Europas ist: eine offenere Zusammenarbeit in Wissenschaft, Innovation, Technologie und Wirtschaft«. (97f.) Um der Gefahr einer Zerstörung Europas in einem Konfliktfall, der die Strategie der flexiblen Antwort in Gang setzen würde, zu entgehen, muss sich Europa von der geopolitischen Interessenlage der USA emanzipieren.

Es war offenbar nicht nur nicht hilfreich, sondern eher ein Risiko, dass auf Grund wiederholter NATO-Beschlüsse, beginnend in Bukarest 2008 gegen den Rat Deutschlands und Frankreichs, der Ukraine als selbständiger Staat die Mitgliedschaft in der NATO angeboten wurde. Dohnanyi zitiert William Burns, heute CIA-Direktor in der Regierung von US-Präsident Joe Biden, mit der 2019

⁴Helmut Schmidt, »Verteidigung oder Vergeltung. Ein deutscher Beitrag zum strategischen Problem der NATO«, Stuttgart 1961, S. 196

geäußerten Überzeugung, dass die Osterweiterung der NATO »bestenfalls verfrüht und schlimmstenfalls eine sinnlose Provokation war«. (100) Burns⁵ mahnte eine generelle Überprüfung der NATO-Expansion an, die zu einem »»Autopiloten« der US-Politik geworden (sei), lange nachdem ihre fundamentalen Annahmen hätten überprüft werden müssen« (zitiert auf 103),⁶ da insbesondere die Ukraine als Schlüsselregion der US-geopolitischen Strategie zur Eingrenzung Russlands zählt. Gerade wenn es richtig ist, dass im NATO-Bündnis eine Mitgliedschaft der Ukraine eigentlich schon negativ beschieden wurde, oder mit Olaf Scholz gesprochen »nicht auf der Tagesordnung steht« (Regierungserklärung am 27.2.2022), ist es kaum nachvollziehbar, warum der NATO-Rat noch einmal am 14. Juni 2021 auf Drängen des Generalsekretärs Stoltenberg beschloss: »Wir bekräftigen unseren auf dem Gipfeltreffen 2008 in Bukarest gefassten Beschluss, dass die Ukraine ein Mitglied des Bündnisses wird« und der Ukraine einen bevorzugten Status einräumte.⁷ Schon seit 2017 hatte die Ukraine einen besonderen Status mit vertieften Mitwirkungsmöglichkeiten (Enhanced Opportunities Partner, EOP) erhalten; sie hatte sich gegenüber der NATO verpflichtet, die vollständige Interoperabilität – so wird im Bündnis die Globalisierung ihrer auch mit Kooperationspartnern unternommenen Einsätze bezeichnet – militärisch zu erreichen. Sie hatte diesen Vertrag als bevorzugte Anerkennung der in Aussicht gestellten Vollmitgliedschaft im Militärbündnis gewertet und die Vollmitgliedschaft als Auftrag 2019 in die Verfassung geschrieben (siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2.3.2022, S. N3).

Dohnanyi wirbt in dieser verfahrenen Situation und im Interesse Deutschlands dafür, »Aufklärung zu betreiben und in NATO und EU zu erklären, warum die Erweiterung einer friedlichen NATO in Russland auch als aggressive Ausdehnung des westlichen Militärbündnisses aus dem Kalten Krieg verstanden werden könnte«. (102) Es gehe zunächst darum, die USA, denen er die innenpolitische Kraft eines produktiven Strategiewechsels eigenständig nicht zutraut, für ein neues strategisches Denken zu gewinnen. Und ob die neue Bundesregierung der Ampelkoalition die Kraft findet, den europäischen Sicherheitsinteressen jenseits der USA praktikablen Raum zu schaffen, ist Dohnanyi sich nicht sicher, denn die Ukraine-Russland-Problematik hat bei aller Brisanz seit 2014 (Krieg in der Ost-Ukraine) keinen Eingang im umfangreichen Koalitionsvertrag gefunden. »SPD und FDP hätten hier ein gemeinsames wertvolles Erbe aus den siebziger und achtziger Jahren zu bewahren und mit neuem Leben zu erfüllen. Denn beide Parteien verfügen ja um eine große Tradition erfolgreicher Ostpolitik. [...] Die neue Regierung sollte den USA dabei vermitteln, dass ihr »Brückenkopf« auf dem europäischen Kontinent erst recht

⁵Dieser hatte schon 1994 als Botschafter der USA in Moskau andere Wege als den NATO-Beitritt zur Sicherung der osteuropäischen Staaten gefordert und nach Washington gemeldet, ein Beitritt der Ukraine zur NATO sei eine deutliche rote Linie für jede russische Regierung, also nicht erst seit Putins Amtsantritt.

⁶Der »Autopilot« zeichnet sich offenbar auch nicht in gefährlich zugespitzten Problemlagen durch ein erhöhtes diplomatisches Fingerspitzengefühl aus: Noch Anfang Februar 2022 unterzeichneten die Regierung der Slowakei und die US-Regierung einen Vertrag über die Stationierung von US-Truppen im Land. Der Vertrag wurde inzwischen im Parlament ratifiziert, war aber in vorausgegangenen Debatten nicht unumstritten, da er wohl in bestimmten Passagen die Souveränität der Slowakei über ihr eigenes Territorium einschränke. Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 3.2.2022 und vom 10.2.2022.

⁷Dohnanyi zitiert hier aus der Gipfelerklärung des Treffens des Nordatlantikrats auf Ebene der Staats- und Regierungschefs in Brüssel.

willkommen sein wird, wenn die USA eine Entspannung im Verhältnis mit Russland vorantreiben«. (111)

Eine deutsche Besonderheit

In den zwei weiteren Kapiteln – »Die EU als deutsche Aufgabe« und »Europa auf dem Weg zu einer Wirtschaftsmacht« – skizziert Dohnanyi ausführlich seine Vorstellung davon, was die Bundesrepublik der EU (und damit indirekt den USA) als Perspektive anzubieten hat und weshalb ein »Mehr an EU« im deutschen Interesse liegt.⁸ Was könnte die Bundesrepublik nach Dohnanyi in eine den globalisierten Umbrüchen ausgesetzten EU einbringen, um gegenüber den USA größere Eigenständigkeit zu gewinnen? Und zwar eine im Vergleich mit anderen europäischen Staaten »hervorzuhebende Besonderheit«. Diese wende sich – werde sie befolgt – gegen einen in Europa zunehmend um sich greifenden regressiven Nationalismus, wie sie zugleich auch jede Art von »deutschen Sonderwegen« überflüssig macht.⁹

Es ist weniger die Nation als der Nationalstaat, weniger die nationale Historie als die soziale Tradition und Gegenwart Deutschlands, die Dohnanyi mit der genannten Besonderheit ins Spiel bringt: »Wir müssen wissen: Für Deutschlands demokratische Substanz ist das wirtschaftliche und soziale Überleben in der Globalisierung und Europäisierung politisch entscheidend. Etwas vereinfacht: Was für Frankreich heute noch die Französische Revolution oder für Großbritannien die Erinnerung an das Weltreich, das sind für Deutschland die Traditionen des Sozialstaats«, sozusagen der Kern seiner Identität. »Wir müssen also im deutschen Interesse darauf achten, dass wir zukünftig nicht aus Gründen US-amerikanischer Weltmachtinteressen oder durch Eingriffe vonseiten der EU an der Bewahrung und am Ausbau unserer internationalen Wirtschaftsinteressen gehindert werden. Das gilt schon für den Handel mit Russland in den Jahren nach 1990, und das gilt heute für die Handelsbeziehungen mit China. [...] Auf dieser Grundlage könnte Deutschland seine Interessen in Europa und in einer kooperativen Gemeinschaft der Völker begreifen: Wirtschaftliche Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit als eine Voraussetzung der politischen Existenz deutscher Demokratie, sozialstaatlicher Ordnung und eines Rechtsstaats im deutschen Verständnis könnten eine wichtige Rolle auch für alle weiteren Fortschritte der europäischen Integration spielen«. (184/186)

Nach der Sondersitzung des Deutschen Bundestages am 27.2.2022 und der Ansage von Bundeskanzler Olaf Scholz, für die Modernisierung der Bundeswehr ein 100-Mrd-Euro-Sondervermögen aufzulegen, das 2%-Ziel der jährlichen Rüstungsausgaben in Zukunft zu übertreffen und die aktive nukleare Teilhabe für die Bundesrepublik durch die Modernisierung von in Deutschland stationierten Kampfjets zu sichern, die in der Bundesrepublik gelagerte US-Atombomben in mögliche Ziele tragen sollen, kann von deutschen Sonderwegen zumindest in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht mehr

⁸Dies nachzuzeichnen und zu diskutieren, wäre eine intensivere Betrachtung wert, die an dieser Stelle nicht geleistet werden kann.

⁹Siehe hierzu das Interview mit Heinrich August Winkler in der Frankfurter Rundschau vom 25.5.2020: »Es bleibt richtig, sich von deutschen Sonderwegen fernzuhalten«; www.fr.de/kultur/gesellschaft/-13775564.html

auch nur annähernd geredet werden. Dem großen Druck aus dem transatlantischen Bündnis wurde nachgegeben, die Einbindungspolitik der Führungsmacht hat wohl gegriffen. Zusammen mit den Entscheidungen zu Waffenlieferungen an die Ukraine markieren diese Beschlüsse eine 180-Grad-Wende in der neuen deutschen Geschichte. Die negativen Folgen für das Friedensprojekt Europa sind noch nicht absehbar, soviel kann man aber schon sagen: Die Spielräume für eine alternative sicherheitspolitische Ausrichtung und für die nukleare Nichtverbreitung jenseits des nun existierenden parteiübergreifenden Mainstreams werden eng.

»Was jetzt zu tun ist«

In Anlehnung an von ihm zitierte Untersuchungen zur strategischen Ausrichtung Europas, kommt Dohnanyi zu dem Ergebnis, dass Russland »unbezweifelbar der wichtigste Spieler für die europäische und europäisch-atlantische Sicherheit im 21. Jahrhundert« ist und dass das gefährliche Ukraine-Problem nur in gemeinsamen Verhandlungen gelöst werden könne.¹⁰ Dabei macht er unmissverständlich klar, dass für Europa heute ein Ausscheiden aus dem NATO-Verband ein gefährlicher Fehler sei, weil diese in bestimmter Weise (s.o.) Schutz biete, allerdings zukünftig eher nur »durch eine nachdrücklich um Entspannung bemühte NATO«. (112) Um den europäischen Möglichkeiten einer aktiven Friedenspolitik Raum zu geben, sei es notwendig, dass die EU die Frage offener debattiert und klarer beantwortet, ob die USA auf Basis ihrer geostrategischen Orientierung heute Europa schützen oder durch ihre Russlandpolitik gefährden. Zudem könne »Europa durch militärische Kraft, sei es durch die der EU oder die der von den USA beherrschten NATO nicht wirklich gesichert werden«. (119) Die transatlantische Allianz müsse sich endlich von der alles überragenden Dominanz militärischer Sicherheitsüberlegungen lösen. Neben einer aktiven Entspannungspolitik gegenüber der Russischen Föderation sollten das wirtschaftliche Potenzial und die sozialstaatliche Ausrichtung positiv in die zwischenstaatlichen Beziehungen eingebracht werden. Das heute schwebende Spannungsverhältnis von Sicherheit und Kooperation ist so pragmatisch neu zu organisieren.

Zum Ende hin weitet Dohnanyi noch einmal den Blick und fragt, ob das de facto existierende Sicherheitsbündnis Europa-USA gegen China der europäischen Sicherheit dienlich ist. Mit Blick auf die geopolitische Zukunft Deutschlands und Europas rät er, »von altem Denken Abschied (zu) nehmen«. Das Militär habe im Rahmen einer neu verstandenen Sicherheitspolitik seine Bedeutung verloren, denn die Interessen einer modernen wettbewerbsfähigen Gesellschaft und eines entwickelten Sozialstaats sind mit Aufrüstung und Krieg nicht mehr vereinbar. In Zeiten ökonomischer Vernetzung (Lieferketten etc.) ist militärische Abschreckung, weil mit Ausgrenzung statt Kooperation verknüpft, tendenziell keine zielführende Option mehr.

Durch die frühere Ostpolitik im Zeichen von »Wandel durch Verständigung« haben Deutschland und auch (Ost-) Europa eine besondere Erfahrung gemacht. Von daher, so schließt Dohnanyi seine De-facto-Streitschrift, ist leicht zu erkennen, »dass militärische Bündnisse keine Möglichkeit sind, Gefahren zu

¹⁰Dohnanyi zitiert in eigener Übersetzung hier Barbara Kurz, Paris and Berlin. In: Security Policy Library 2-2021, S. 15.

vermeiden« (224), und er bezweifelt, dass es im Interesse Deutschlands und der europäischen Union liege, »den USA auf ihrem gefährlichen Weg in eine geopolitische Konfrontation mit China zu folgen«. Das gilt vor allem dann, wenn die Russische Föderation ohne Einbindung in eine europäische Politik der Entspannung und der gemeinsamen ökologisch-sozialen Transformation als »Verbündeter Chinas agiert«. (218)